

BERLINER RUNDSCHAU



CDU-WAHLPROGRAMM VORGESTELLT

83 PROZENT FÜR TEGEL

GRÜTTERS ALS CDU-VORSITZENDE BESTÄTIGT

Der Hitzerekord in Berlin stammt vom 11. Juli 1959 in Tempelhof mit **38,1 Grad.**

1.710 – so viele **Sonnenstunden** gab es 2016 in Berlin.

In Berlin fallen im Jahr durchschnittlich knapp **600 Liter Regen.**

Mit einer Durchschnittstemperatur von 10,5 Grad Celsius war **Berlin 2016 das wärmste Bundesland.**

Der Berliner Tiergarten ist **größer als** das Fürstentum **Monaco.**

Mit 115 Metern sind die **Müggelberge** in Treptow-Köpenick die höchste natürliche Bodenerhebung in Berlin. Der bewaldete Hügelzug lädt vor allem im Sommer zum Wandern ein.

26.000 Tonnen – so viel wiegt das größte Gebäude der Hauptstadt, der Berliner Fernsehturm (368 Meter hoch).

Mehr als 12,7 Millionen Gäste besuchten die Hauptstadt im Jahr 2016, so viele wie nie zuvor.

SOMMER

GRUSSWORT

Liebe Freundinnen und Freunde,

die vergangenen Tage und Wochen haben intensive Bewegungen in der Politik gebracht – mit dem Tode Helmut Kohls, mit weitreichenden Entscheidungen in den Parlamenten, mit der Präsentation unseres Wahlprogramms für den Bundestagswahlkampf und bei uns in der Berliner CDU mit der Mitgliederbefragung zum Flughafen Tegel.

Dem Staatsakt zu Ehren Helmut Kohls in Straßburg hatte ich die Ehre beizuwohnen. Es war ein bewegender und zugleich erhabener Moment im Gedenken an den Vater der deutschen Einheit und den Baumeister des vereinten Europas. Vor allem aber war es ein Moment nicht nur der Dankbarkeit gegenüber einem „Giganten Europas“, wie es EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker formulierte, sondern auch ein Moment der Besinnung auf das Verbindende in Deutschland und Europa.

Die Gefahr der Spaltung sehe ich aber leider auch, wenn etwa die SPD-geführte Berliner Landesregierung einen Volks-

entscheid zur Offenhaltung Tegels am Tag der Bundestagswahl abhalten lässt, gleichzeitig aber erklärt, das Ergebnis sei unbedeutend, ein mögliches positives Bürgervotum werde nicht beachtet. Das Ergebnis unserer Mitgliederbefragung habe ich gemeinsam mit Generalsekretär Stefan Evers vorgestellt. Es wird beim Volksentscheid wohl keine Zustimmung von 83 Prozent wie unter den CDU-Mitgliedern geben, aber mit einer Mehrheit kann man auch in der Berliner Bevölkerung allgemein rechnen. Und dann? An den Regierenden Bürgermeister gerichtet, sage ich: „Lieber Michael Müller, wenn die Politik von den Menschen ernst genommen werden will, dann muss die Politik selbst die Menschen ernst nehmen. Erklären Sie uns bitte nicht, was nicht gehen kann oder soll, sondern beginnen Sie mit dem Nachdenken über neue Möglichkeiten.“

Auch das hochsensible Thema „Gleichstellung der Homo-Ehe“ hat es nicht verdient, zum Wahlkampf-Manöver von Rot-Rot-Grün zu verkommen. Mir ist die Gewissensentscheidung sehr schwer gefallen, und

ich habe großes Verständnis für jeden, der aus ebenfalls guten Gründen anders entschieden hat. Nach reiflicher Überlegung habe ich mich entschieden, für die Öffnung der staatlichen Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare zu stimmen, nicht obwohl, sondern weil ich katholisch bin. Es ist die christliche Botschaft der Nächstenliebe, die uns dazu auffordert, im menschlichen Miteinander das Verbindende über das Trennende zu stellen.

In der CDU gibt es viele, die zu diesen Themen unterschiedliche Auffassungen haben. Das ist für eine Volkspartei wie die CDU auch gut, es ist geradezu konstitutiv. Und wenn wir auch nicht in allen Punkten übereinstimmen, so streiten wir doch gemeinsam „für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ – so der Titel des CDU/CSU-Wahlprogramms, an dem ich mitarbeiten durfte.

Viel Freude und Erkenntnis beim Lesen Ihrer Berliner Rundschau wünscht

Flora
Monika Grütters
Ihre Monika Grütters
Landesvorsitzende MdB

Volksbegehren für Videoaufklärung naht

Auch beim Thema Videoüberwachung stellt sich der rot-rot-grüne Senat gegen alle Umfragen und Bürgerwünsche. Das „Bürgerbündnis für mehr Videoaufklärung und mehr Datenschutz“ will nun ein Volksbegehren auf den Weg bringen. Unter Federführung des ehemaligen Berliner Justizsenators Thomas Heilmann, der für die CDU in

Steglitz-Zehlendorf für den Bundestag kandidiert, will das Bürgerbündnis, dem außerdem u. a. Heinz Buschkowsky (SPD) angehört, in den nächsten Wochen einen kompletten Gesetzesentwurf vorlegen. Die Idee: an 50 Orten Videoanlagen mit jeweils mehreren Kameras und das an 365 Tagen im Jahr und 24 Stunden am Tag.

NEULICH IM NEWSLETTER

BLICKPUNKT
BERLIN



Jeden Freitag gibt es den aktuellen Newsletter des Landesverbandes. Hier einige Auszüge. Anmeldung unter: newsletter@cdu.berlin

Zahl der Woche

1097

1097 „Behinderungssachverhalte“ nennt das Unternehmen Bosch als Grund dafür, dass eine Inbetriebnahme der Brandschutzanlage am BER noch immer nicht in Sicht ist.

Zitat der Woche

„Herr Innensenator war nicht problemadäquat“

Heinz Buschkowsky (SPD) vom „Bürgerbündnis für mehr Videoaufklärung und mehr Datenschutz“ | *Der Tagesspiegel* „Berliner SPD streitet über Videoüberwachung“, 8. Juni 2017

Zum Schluss



Mit einem rundum erneuerten Design wartet seit dem Landesparteitag die neue Webseite der **CDU Berlin** auf. Die Benutzerfreundlichkeit insbesondere für mobile Geräte hat sich damit deutlich verbessert, Struktur und Optik wurden von Grund auf überholt. Das Beste an der neuen Gestaltung ist aber natürlich die Möglichkeit, unseren Newsletter **BLICKPUNKT BERLIN** auf Knopfdruck zu abonnieren!



CDU beschließt Konzepte für die Zukunftsthemen Berlins

Als Opposition gewinnt man Wahlen, wenn die amtierende Regierung schwach ist und die eigene Partei gute Kompetenzwerte hat. Das bekamen die Berliner Abgeordneten von einem Meinungsumfrageinstitute zu Beginn ihrer diesjährigen Klausurtagung mit auf den Weg.

ne Landesregierung unter Michael Müller selbst. Nur 36 Prozent



der Berlinerinnen und Berliner sind mit der Arbeit des Müll-

Die CDU-Fraktion besucht mit der Landesvorsitzenden, Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters das Weltkulturerbe Völklinger Hütte. Monika Grütters trug sich auch sogleich in das übergroße Goldene Buch des Weltkulturerbes ein.



ler-Senats zufrieden. Das ist ein bundesweiter Negativ-Rekord bei dieser Frage. Um die zweite Prämisse - gute Kompetenzwerte - zu erfüllen, ging die CDU-Fraktion im Saarland in Klausur und beschloss zahlreiche Papiere.

Eines der wichtigsten Zukunftsthemen der Stadt stand dabei ganz vorn auf der Agenda: die Verkehrspolitik. Die Berliner CDU-Fraktion will die Verkehrspolitik zu einem ihrer Schwerpunkte in der zweiten Jahreshälfte machen. Unter anderem wollen die Abgeordneten ein eigenes Mobilitätskonzept

erarbeiten, wie Fraktionschef Florian Graf ankündigte. „Die



Verkehrspolitik von Rot-Rot-Grün ist in der Tat Beleg für eine ideologische Bevormundung und Umerziehungspolitik“, sagte er.

Die CDU wolle dem „Kulturkampf gegen Autofahrer“ ein Konzept für ein faires Miteinander aller Verkehrsträger entgegensetzen. „Hier wollen wir auch Antworten geben auf Fragestellungen wie: Wie schaffen wir einen leistungsfähigen ÖPNV? Wie kommen wir dazu, dass auch die Bürgerinnen und Bürger aus den Außenbezirken, die Pendler, vernünftig ihren Weg zur Arbeit in die Innenstadt finden?“, erläuterte Graf.

Die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses hat auf ihrer Klausurtagung nun Leitlinien für ein Mobilitätskonzept beschlossen. Man setzt sich für einen „fairen Verkehrsmix“ ein. Einzelne

Verkehrsmittel oder Verkehrsmitteln dürften nicht diskriminiert

Stadt“ oder zum „Campus für Demokratie endlich errichten“.

„CDU-Verkehrskonzept: Ein Gegenmodell zu Rot-Rot-Grün“ (Kommentar der Morgenpost vom 2.7.2017)

werden. Eine große Rolle in dem 45 DIN-A4-Seiten umfassenden Beschluss spielen die bessere Steuerung der Pendlerströme zwischen Berlin und Brandenburg – auf der Straße wie auch auf der Schiene.

Es wurden zahlreiche weitere Beschlüsse gefasst, wie etwa ein 12-Punkte-Plan „Terrorgefahr vorbeugen – Gefährder-Überwachung ausbauen“, für „Perspektiven für den Öffentlichen Dienst“, zum „Schulbau- und Sanierung in Berlin“, zum Thema „Berlin braucht ein saniertes ICC zur Erweiterung der notwendigen Kongress-Kapazitäten in der

Die CDU-Landesvorsitzende Monika Grütters fasste in ihrem „Bericht aus der Bundesregierung im Jahr der Bundestagswahl“ die Marschrichtung der



Berliner CDU zum Wahltag am 24. September kurz und knapp zusammen: „Insbesondere wir in Berlin müssen deutlich machen, was es heißt, wenn Rot-Rot-Grün regiert.“

Schwerpunkte des Mobilitätskonzeptes

- Kein Kulturkampf gegen das Auto
- Weiterführung der Autobahn A100
- Keine Ausbreitung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen
- Bau der Tangentialverbindung Ost (TVO) und später einer Tangentialverbindung Nord bis nach Reinickendorf
- VBB-Tarifzone B über die Stadtgrenze hinaus bis zu den ersten Park-and-Ride-Stationen ausweiten
- grüne Welle auf Hauptverkehrsstraßen
- „Platz auf der Straße schaffen“ durch mehr Parkplätze in Tiefgaragen
- S-Bahn-Taktzeiten verkürzen
- die Verkehrslenkung Berlin auflösen und in die Bezirke zurückgeben
- ÖPNV qualitativ und quantitativ ausbauen
- Videoüberwachung in allen Fahrzeugen und Bahnhöfen(ÖPNV)
- Mitarbeiterpräsenz und der Ausbau der Doppelstreifen
- geschlossenes System bei U- und S-Bahnhöfen
- Radverkehr in Nebenstraßen
- „Fahrrad-Highways“ entlang von Bahnstrecken
- Link zum Programm: QR-Code rechts

Florian Graf: „Wir wollen ein faires und ganzheitliches Mobilitätskonzept.“

Sehr geehrter Herr Graf, Schwerpunkt der Klausurtagung im Saarland war der Bereich Verkehr. Was setzt die CDU-Fraktion gegen Ideologie und Bevormundung von R2G?

Wir wollen ein faires und ganzheitliches Mobilitätskonzept, das alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt. Unser verkehrspolitisches Gegenkonzept zu Rot-Rot-Grün gibt Antworten auf die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer ohne sie gegeneinander auszuspielen.

Chaos bei der Einschulung und eines der Schlusslichter bei der Bildungspolitik. Was muss sich in der Bildungspolitik ändern?

Wir sehen im Abbau des Sanierungsstaus und bei den Schulneu- und -umbauten eine der größten Herausforderungen der wachsenden Stadt. Hier ist Schnelligkeit

das Gebot der Stunde. Wir brauchen einen belastbaren Schulsanierungsplan mit einem konkreten Fahrplan, damit ein Neubau nicht länger als drei Jahre dauert.

Die Berliner Verwaltung ist finanziell schlecht gestellt und personell überlastet. Welches Konzept verfolgt die CDU-Fraktion für Berlin?

Wir setzen uns für eine neue Struktur einer neuen Besoldungstabelle, die den Rückstand Berlins bei der Besoldung im Vergleich zum Bundesniveau, das Abstandsgebot und eine Einkommensverbesserung der unteren Besoldungsgruppen gleichermaßen berücksichtigt, ein.

Freiheit und Sicherheit gehen einher. Mit einem 12-Punkte-Plan soll der Terrorgefahr vorgebeugt werden. Wie sehen die konkreten Maßnahmen aus?

Die Gewährleistung von Freiheit und Sicherheit für die Menschen in Berlin ist die elementare Kernaufgabe der Politik. Unser 12-Punkte-Plan enthält eine ganze Reihe von Maßnahmen: bspw. die personelle Aufstockung des Verfassungsschutzes und des polizeilichen Staatsschutzes, die Videoüberwachung und eine Verbesserung der Antiterrorausstattung der Berliner Polizei. Alle Beschlüsse finden Sie hier: www.cdu-fraktion-berlin.de





Diesen Landesparteitag kann man in Überschriften erzählen. „Monika Grütters hat nun ein Mandat für den Wandel“ (Berliner Zeitung); „Mehr Frauen und gute Stimmung bei der CDU“ (Berliner Morgenpost) oder „Wiedergewählte Grütters warnt vor Rot-Rot-Grün im Bund“ (BZ).

Stargast des 42. Landesparteitages der Berliner Christdemokraten war Annegret Kramp-Karrenbauer, Ministerpräsidentin des Saarlandes und zugleich Landesvorsitzende. Gemeinsam mit der Landesvorsitzenden der CDU Berlin Monika Grütters waren sie sich einig: „Dank bürgerlicher Politik steht Deutschland so gut da wie nie zuvor. Deshalb muss Angela Merkel Bundeskanzlerin bleiben.“

Monika Grütters unterstrich dies mit Blick auf die rot-rot-grüne Landesregierung in Berlin. Sie kritisierte vor allem die Bildungs-, Verkehrs- und Baupolitik des Senats. Der spiele Verkehrsteilnehmer gegeneinander aus und lege mit Tempo 30 auf Hauptstraßen die Stadt lahm. „Berlin braucht mehr denn je eine starke bürgerliche Alternative“, bekräftigte Grütters. Die CDU stehe für einen wehrhaften Rechtsstaat und mehr innere Sicherheit, für eine bessere Bildungspolitik und für „faire Härte“ gegenüber Einwanderern.

„Wir müssen zeigen, wofür wir stehen und gemeinsam für unsere Ideen und Ziele werben. Ich bin überzeugt, wir haben das Zeug dazu, in Berlin wieder Wah-

len zu gewinnen! Den Auftakt setzen wir bei der Bundestagswahl am 24. September!“, erklärte Monika Grütters unter großem



Beifall der Delegierten. Dass ihr dabei die Unterstützung der Berliner Christdemokraten gewiss ist, zeigten die anschließenden turnusmäßigen Parteiwahlen.



Die alte und neue Landesvorsitzende Monika Grütters erhielt in geheimer Abstimmung 85,6 Prozent, ihr Generalsekretär Stefan Evers 79,6 Prozent.

Die rund 300 Delegierten trafen jedoch nicht nur Personalentscheidungen, sondern steckten auch inhaltliche Wegmarken. So verabschiedeten die Berliner Christdemokraten eine Vielzahl von Beschlüssen zu den unterschiedlichsten Themen aus den Bereichen Innere Sicherheit, Bildung, Stadtentwicklung, Wohnen, Wirtschaft und Verkehr. Eine Auswahl der Beschlüsse des 42. Landesparteitages finden Sie rechts auf dieser Seite. Alle Beschlüsse finden Sie als pdf-Dokument auf der Internetseite der CDU Berlin (www.cdu.berlin).

DAS HAT DIE CDU BESCHLOSSEN:

Aktionsplan gegen linke Gewalt: Mit einer Mischung aus Prävention und Repression soll gegen linksextreme Gewalt in Berlin vorgegangen werden, u.a. mit einer rascheren Strafverfolgung, mehr Videoüberwachung in Problemkiezen, mehr Training für die Polizei, einer Gefährderdatei „Linke Gewalttäter“ und mehr Präventionsprogrammen.

Al-Nur-Moschee schließen: Der radikale und vom Verfassungsschutz beobachtete Trägerverein „Islamische Gemeinschaft Berlin e.V.“ der Al-Nur Moschee in Neukölln soll endlich verboten werden.

Impfpflicht für Kita-Kinder: Die Impfung gegen Masern soll als Voraussetzung für die Vergabe von Plätzen in Kindertagesstätten eingeführt werden.

Stärkung der Katholischen Theologie in Berlin: Die Katholische Theologie soll mit Personal- und Sachmitteln mindestens so gut ausgestattet

werden wie es für die aufzubauende islamische Theologie geplant ist.

„Begegnungszonen“ abschaffen: Das Programm zur Schaffung von „Begegnungszonen“ wie in der Maaßenstraße ist gescheitert und soll eingestellt werden.

Gedenken an den 17. Juni 1953 stärken: Zur Stärkung des Gedenkens an den Volksaufstand soll u.a. die Pflege der Erinnerungsorte an den 17. Juni 1953 in Berlin intensiviert und eine stärkere Behandlung im Fach Geschichte in den Schulen vorgesehen werden.

Bereitstellung von Sanitäreinrichtungen für Einsatzkräfte der Polizei bei Veranstaltungen: Für die in Veranstaltungen in Berlin eingesetzten Polizeikräfte des Landes oder des Bundes müssen während des Einsatzes sowohl ausreichend Verpflegungsmöglichkeiten als auch WC-Anlagen zur Verfügung gestellt werden.



Die Landesvorsitzende 1 Monika Grütters und ihr Generalsekretär 2 Stefan Evers umrahmt von den vier stellvertretenden Landesvorsitzenden 3 Cerstin Richter-Kotowski, 4 Katrin Schultze-Berndt, 5 Carsten Spallek und 6 Kai Wegner, sowie dem Landesschatzmeister 7 Dr. Martin Pätzold und dem 8 Mitgliederbeauftragten Burkard Dregger. Den neu gewählten Vorstand komplettieren die zwölf Beisitzer: 9 Ulrike Billerbeck, 10 Sandra Cegla, 11 Dr. Clemens Escher, 12 Cornelia Flader, 13 Christian Gräff, 14 Ralf Olschewski, 15 Dr. Manja Schreiner, 16 Sabine Schumann, 17 Christina Schwarzer, 18 Dirk Stettner, 19 Felix Wolf und 20 Carola Zarth. Im Vorstand dabei außerdem: der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus 21 Florian Graf und der Vorsitzende des Zukunftsforschungsforums 22 Mario Czaja.

Das sagt die Presse:

„Berliner CDU will Tegel offenhalten“

Die Zeit, 3. Juli 2017

„Berliner CDU will Tegel doch offenhalten“

Berliner Morgenpost, 4. Juli 2017

„CDU-Mitglieder wollen Tegel“

B.Z., 4. Juli 2017

„Schubumkehr bei der Berliner CDU“

Berliner Morgenpost, 4. Juli 2017

„Die 83-Prozent-Partei“

Tagesspiegel, 4. Juli 2017



„Die CDU-Mitgliederbefragung zu Tegel spiegelt den Zorn der Berliner über die Politik - über das Ergebnis darf sie deshalb nicht einfach hinweggehen.“

Tagesspiegel, 4. Juli 2017

„Dass ihre Umfrage zum Flughafen so klar ausfiel, hatte selbst Landeschefin Grütters nicht erwartet. Auch der Bund sieht einen Auftrag an die Politik.“

Tagesspiegel, 5. Juli 2017

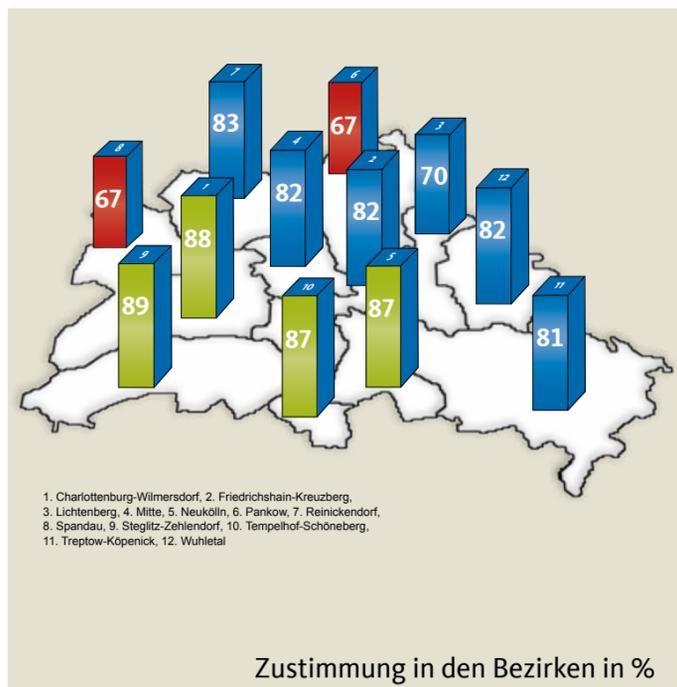
CDU-Mitglieder stimmen für Weiterbetrieb von Tegel

Eine große Mehrheit der Berliner CDU-Mitglieder möchte Tegel als Flughafen erhalten. Das ist das Ergebnis der Mitgliederbefragung der CDU Berlin zur Offenhaltung des Flughafens Berlin-Tegel. Über 12.000 Mitglieder waren im Juni dazu aufgerufen, darüber abzustimmen, ob die

Grütters ihr Versprechen ein, die Beteiligung der Mitglieder gerade in grundsätzlichen Fragen zu stärken.

Zahlreiche Diskussionsveranstaltungen und Expertengespräche, Informationsmaterialien sowie die ausführliche

schäftsstelle ein, damit hat sich über ein Drittel aller Mitglieder beteiligt. 47,5 Prozent der Teilnehmenden antworteten per Brief, 52,5 Prozent nutzten die Möglichkeit der Online-Abstimmung. Nach der Auszählung der Ergebnisse steht nun fest: 83 Prozent Mitglieder sprechen sich dafür aus, dass die CDU Berlin den Volksentscheid über den Weiterbetrieb des Flughafens Berlin-Tegel politisch unterstützt, 17 Prozent votieren dagegen. Dabei gibt es keinen Kreisverband, in dem sich nicht mindestens zwei Drittel für die Offenhaltung des Flughafens ausgesprochen haben. Am höchsten ist die Zustimmung in Steglitz-Zehlendorf (89 Prozent), gefolgt von Charlottenburg-Wilmersdorf (88 Prozent), Tempelhof-Schöneberg und Neukölln (je 87 Prozent). Am geringsten fällt das Votum für die Offenhaltung des Flughafens Tegel in Spandau und Pankow mit je 67 Prozent aus. Auch im Bezirk Reinickendorf, der vom Fluglärm in Tegel ebenfalls betroffen ist, votieren 83 Prozent der CDU-Mitglieder für den Weiterbetrieb. Weitere Ergebnisse der Mitgliederbefragung finden Sie in den Grafiken auf dieser Doppelseite. Als wichtigste Argumente für den Weiterbetrieb von Tegel nennen die Befürworter vorrangig das sich weiter verstär-



Christdemokraten den Volksentscheid über den Weiterbetrieb des Flughafens Berlin-Tegel am 24. September 2017 politisch unterstützen sollen oder nicht. Mit der Mitgliederbefragung löste die Landesvorsitzende Monika

Informations- und Meinungsseite www.volksentscheid-tegel.de dienten den Mitgliedern zur Meinungsbildung.

Insgesamt 4.355 Rückmeldungen gingen in der Landesge-

kende Fluggastaufkommen bei einem heute immer noch nicht absehbaren Eröffnungstermin des Flughafens BER, der in seiner jetzigen Planung zur Eröffnung bereits die in Zukunft benötigten Kapazitäten nicht erfüllen können wird.

„Ich selbst habe mit JA gestimmt und bin beeindruckt von der enormen Deutlichkeit des Votums“, erklärte die CDU-Lan-



desvorsitzende Monika Grütters auf der Pressekonferenz zur Vorstellung der Ergebnisse. Die CDU werde weiterhin sachlich argumentieren und für eine Offenhaltung Tegels werben, „vordringlich ist dabei die rechtliche Klärung dieser Option“, so Grütters. An den Regierenden Bürgermeister



gerichtet appellierte sie: „Lieber Michael Müller, wenn die Politik von den Menschen ernst genommen werden will, dann muss die Politik selbst die Menschen ernst nehmen. Erklären Sie uns bit-



te nicht, was nicht gehen kann oder soll, sondern beginnen Sie mit dem Nachdenken über neue Möglichkeiten.“ Auch der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Enak Ferlemann, positionierte sich nach Bekanntgabe des Votums der CDU-Mitglieder eindeutig, indem er sagte: „Das Ergebnis freut mich. Das habe ich nicht anders erwartet. Das ist ein eindeutiger Auftrag an die Politik, die Offenhaltung Tegels zu prüfen.“

„Die hohe Beteiligung von über 4.350 Teilnehmenden zeigt, dass dieses Thema unsere Mit-

glieder sowie die Menschen in der Stadt enorm bewegt und breit diskutiert werden muss“, bekräftigte der Generalsekretär der CDU Berlin Stefan Evers bei der Vorstellung der Ergebnisse und dankte allen, die sich an der engagierten und lebhaften Debatte beteiligt haben. Das Abstimmungsergebnis verstehe die Berliner Union als eindeutigen Auftrag, für ein JA beim Volksentscheid am 24. September zu werben und darüber hinaus

Ideen für die Machbarkeit zu entwickeln, die Antworten auf die Fragen der Finanzierung, des Lärmschutzes oder der rechtlichen Umsetzung umfassen. „Schon weil Rot-Rot-Grün sich jeder Debatte frech verweigert, werden wir unsere ausführliche Informations- und Meinungssammlung unter www.volksentscheid-tegel.de weiterbetreiben und allen Berlinerinnen und Berlinern zur Verfügung stellen“, kündigte Evers an.

Quo Vadis Tegel – Die Info-Seite zum Volksentscheid!

Unter www.volksentscheid-tegel.de sammelt und veröffentlicht die Berliner CDU ausführliche Informationen zum Volksentscheid. Interessierte finden hier Meinungen und Argumente für eine Zustimmung oder eine Ablehnung zum Weiterbetrieb des Flughafens Berlin-Tegel, Dokumente und Gutachten, Stellungnahmen sowie aktuelle Pressestimmen rund um das Thema Flughafen Berlin-Tegel.

Ihre Berliner Abgeordneten aus dem Deutschen Bundestag

KULTUR VOR ORT IN NEUKÖLLN

Im Mai besuchte Monika Grütters auf Einladung von Christina Schwarzer Neuköllner Kulturinstitutionen. Das Museum Neukölln lässt mithilfe gesammelter Exponate die Geschichte des Stadtteils lebendig werden. Die digitale Aufbereitung ist ein besonderes Highlight dieser Ausstellung. Im KINDL Zentrum für zeitgenössische Kunst, beeindruck-



ten die derzeitigen Ausstellungen ebenso, wie der Blick über Berlin. Zudem bietet die Ausstellung „Olympia“ Dank des kostenlosen Eintritts eine tolle Möglichkeit für einen spontanen Besuch.

KAI WEGNER BEI DER BUNDESPOLIZEI

Der Spandauer Bundestagsabgeordnete Kai Wegner hat sich mit der Spitze der Bundespolizei über aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen ausgetauscht. In einem anschließenden Vor-Ort-Termin ließ sich Kai Wegner demonstrieren, wie effektiv Videokameras die Sicherheit der Fahrgäste am Berliner Hauptbahnhof steigern. „Auch auf Berlins Straßen muss der Videoschutz erhöht werden. Aber der rot-rot-grüne Senat spielt aus ideologischen Gründen mit der Sicher-



heit der Berliner“, so Wegner. „Auch sollten mehr Bodycams eingesetzt werden. Polizisten verdienen die bestmögliche Ausrüstung und den größtmöglichen Schutz.“

HÄRTERE STRAFEN FÜR RASER BESCHLOSSEN

Der Bundestag hat härtere Strafen für Raser beschlossen, nachdem es zuletzt mehrere dramatische Unfälle mit Toten durch illegale Autorennen gegeben hatte. Beteiligten Fahrern und Organisatoren drohen jetzt bis zu zwei Jahre Gefängnis. Kommen Menschen zu Tode oder werden schwer verletzt, sind zehn Jahre Haft möglich. Generell gilt: Wer mit „nicht angepasster Geschwindigkeit, grob verkehrswidrig und rücksichtslos“ fahre, wird fortan härter bestraft. „Wer Menschenleben



riskiert, muss mit empfindlichen Konsequenzen rechnen“, erklärt der stellv. rechtspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Dr. Jan-Marco Luczak. Die neue Regelung sei „hart, aber gerecht“.

FREUNDSCHAFT MIT AMERIKA

Jedes Jahr ermöglicht der Reinickendorfer CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Frank Steffel einem jungen Reinickendorfer ein Austauschjahr in Amerika. In diesem Jahr fährt Emma Ziegenhagen (14) mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) des Deutschen Bundestages in die USA. „Vor allem möchte ich die Lebensweise der jungen Amerikaner kennenlernen und viele Verbindungen knüpfen“, sagte Emma, Schülerin am Reinickendorfer Humboldt-Gymnasium. Andersherum möchte sie den Amerikanern



auch Deutschland und Europa ein Stück näherbringen. Als sie nun Frank Steffel vor dem Reichstag traf, schenkte er ihr zum Abschied eine Reinickendorf-Flagge als Andenken.

SCHWARZER KASSIERT FÜR DEN GUTEN ZWECK

Lässt sich mit ein paar Cent etwas Gutes bewirken? Wenn viele mitmachen, ja. Seit nun-

mehr fünf Jahren kann man in zahlreichen Supermärkten die Einkaufssumme um bis zu 0,10 EUR aufrunden und auf diese Weise soziale Projekte unterstützen. Bisher kamen so rund 6,6 Millionen EUR zusammen. An der Kasse sitzen, die Einkäufe über den Scanner schieben, sich freundlich um Kundenanfragen kümmern – Schwarzer tauschte Bundestagsbüro gegen Kassenband und sammelte auf die Art Spenden für Projekte der Initiative



„Deutschland rundet auf“. „Das Geld kommt Vorhaben zu Gute, die Kindern und Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen zu Gute kommen. Eine sinnvolle Aktion!“

PHILIPP LENGSFELD AUF DER „BERLIN“

Die „Berlin“ ist das größte Schiff der deutschen Marine und Typschiff für eine ganze Klasse von Schiffen, die nach Städten benannt sind, die deutsche Hauptstadt waren oder sind. Diese Schiffe sind Einsatzgruppenversorger, die andere Schiffe der Marine oder befreundeter Seestreitkräfte mit Ausrüstungs-, Verbrauchs- und Versorgungsgütern überall auf der Welt versorgen können. Dr. Philipp Lengsfeld, der CDU-Abgeordnete für Mitte, hat die Möglichkeit eines Besuchs in Hamburg genutzt, um die „Berlin“, die sich



dort z.Z. zur Überholung im Trockendock befindet, zu besuchen und mit den Offizieren über ihre Arbeit an Bord sowie die Patenschaft mit unserer Hauptstadt Berlin zu sprechen. Auf dem Bild: Kommandant der Berlin, Fregattenkapitän Sven Hikele und Dr. Philipp Lengsfeld, MdB

BUNDESTAGSABGEORDNETER MARTIN PÄTZOLD TRIFFT SERJ TANKIAN VON SYSTEM OF A DOWN

Im Juni traf Dr. Martin Pätzold den Frontmann der in Kalifornien gegründeten Alternative-Metal-Band „System Of A Down“. Tankian war mit seiner Band auf Europa-Tournee. Vor seinem Auftritt auf der Kindl-Bühne in der Wuhlheide nahm sich der armenisch-



stämmige Sänger Zeit für einen politischen Austausch. Gemeinsam mit Martin Pätzold besichtigte Tankian nicht nur das Reichstagsgebäude, sondern nutzte auch die Gelegenheit, um mit ihm über die Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages sowie wichtige nationale und geopolitische Herausforderungen zu sprechen. Beide verbindet: Sie setzen sich für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der Welt ein.

DRK ZU GAST: GRÖHLER EHRT BLUTSPENDER

Im Juni war das Deutsche Rote Kreuz zu Gast im Bundestag. Anlass war die jährliche Ehrung von Blutspendern aus Berlin und Brandenburg. Als aktiver Spender hat Klaus-Dieter Gröhler, Wahlkreisabgeordneter aus Charlottenburg-Wilmersdorf, gerne die Ehrung übernommen und den Spendern gedankt. Die Geehrten haben zwischen 100- und sogar 175-mal Blut gespendet und damit Leben gerettet. Gröhler, der selbst „erst“ auf 38 Spenden kommt, wies darauf hin, dass man Blut eben nicht kaufen kann



und die Gesundheitsvorsorge deshalb auf ein kontinuierliches Spendenwesen angewiesen ist.

Impressum

CDU-Landesverband Berlin, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, Fax: 030 - 32 69 04 -16
 REDAKTIONSLEITUNG Stefan Evers; CHEFREDAKTEUR Dirk Reitze; REDAKTION Janine Pietsch; SATZ/BILD Stefan Liefländer; DRUCKEREI Vettters; Bildnachweis von oben links nach unten rechts: S. 1: Jung-Wolff; S. 2: istock@;PPrat, S. 3: Jung-Wolff, Reitze; S. 4/5: Sascha Groß, Reitze; S. 6/7: Reitze; S. 8/9: Reitze, S. 10: Bundestagsbüro (BtBü)Grütters, BtBü Wegner, BtBü Dr. Luczak, BtBü Dr. Steffel; S. 11: Christopher Förster, BtBü Dr. Lengsfeld, BtBü Dr. Pätzold, BtBü Gröhler; S. 12: Tobias Koch, privat, von Wensierski; S. 13: privat, Benno Mächler; S. 14: privat, Laurence Chaperon, Wink, entnommen dem Band: Hansmann/Wink „Konrad Adenauer in Bildnissen von E.G. Hansing“; S. 15: Reitze; S. 16: CDU/ Laurence Chaperon, CDU/Tobias Koch, Bundesarchiv.

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal

Union vor Ort in Ihrem Bezirk und Ihrem Kiez

CDU PANKOW FEIERT SOMMERFEST

Sommer, Sonne, Gute Laune bei den 350 Gästen des Sommerfestes der CDU-Pankow am Pfefferberg. Mitglieder, Vertreter Pankower Vereine, Mitglieder des Abgeordnetenhauses und Interessierte waren der Einladung gefolgt. Höhepunkt des Abends war die Ansprache unserer Landesvorsitzenden Prof. Monika Grütters MdB, Staatsministerin für Kultur und Medien. Dr. Gottfried Ludewig MdB, Kreisvorsitzender und Direktkandidat für den Bundestagswahlkreis in Pankow, stellte klar: „In den nächsten Monaten geht es um alles,



jede Unterstützung zählt für eine gute CDU-geführte Politik für Deutschland und für Pankow.“

SPORHAUPTSTADT BERLIN

Im August 2018 ist Berlin im Olympiastadion Ausrichter der Leichtathletik-Europameisterschaft. Stephan Standfuß, sportpolitischer Sprecher der CDU Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, hat sich mit Claus Frömming und Simon Schneider aus dem EM-Planungsstab getroffen. Zudem unterstützte Standfuß in Zehlendorf die deutsche Hockey-Nationalmannschaft der Damen beim Four Nations Cup, ausgerichtet vom Berliner Hockey-Verband.



Zudem unterstützte Standfuß in Zehlendorf die deutsche Hockey-Nationalmannschaft der Damen beim Four Nations Cup, ausgerichtet vom Berliner Hockey-Verband.

BEHARRLICHKEIT DER CDU GATOW ZAHLT SICH AUS

Bisher kam es an der Bushaltestelle an der Gatower Kirche sehr häufig zu gefährlichen Situationen. Seit längerer Zeit bemühte sich die CDU Gatow, diesen Fußgängerübergang sicherer zu machen. Nun hat es per BVV-Beschluss geklappt, auch am havelseitigen Ampelmast ein dreigliedriges Lichtzeichen zu installieren. Dieser Vorschlag wurde in der BVV einstimmig angenommen, dann auch mit Hilfe des CDU-Baustadtrats Bewieg umgesetzt.



in der BVV einstimmig angenommen, dann auch mit Hilfe des CDU-Baustadtrats Bewieg umgesetzt.

STEFFEL EINSTIMMIG ALS FÜCHSE-PRÄSIDENT WIEDERGEWÄHLT

Seit 12 Jahren ist Frank Steffel ehrenamtlicher Präsident der Füchse Berlin Reinickendorf. Jetzt wurde der CDU-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete von den Mitgliedern einstimmig für eine weitere zweijährige Amtszeit gewählt. „Nachdem wir den Deutschen Pokal, Europa-Pokal und zweimal den Welpokal gewonnen haben, wollen wir in den kommenden Jahren deutscher Meister werden.“ Unter Steffels Verantwortung ist der Verein von 2.000 Mitgliedern auf über 3.600 gewachsen. In dieser Zeit errichteten die Füchse ein neues Vereinsheim in Reinickendorf und haben den Verein wirtschaftlich vollständig saniert.



Unter Steffels Verantwortung ist der Verein von 2.000 Mitgliedern auf über 3.600 gewachsen. In dieser Zeit errichteten die Füchse ein neues Vereinsheim in Reinickendorf und haben den Verein wirtschaftlich vollständig saniert.

BÜRGERFEST LOCKT 500 HOHENSCHÖNHAUSENER AN

Zum traditionellen Bürgerfest der CDU Lichtenberg im Krugwiesenhof gemeinsam mit dem Kiez für Kids e.V. kamen trotz regnerischen Wetters beinahe 500 Menschen. Neben dem bunten Bühnenprogramm, durch das der Hohenschönhausener



trotz regnerischen Wetters beinahe 500 Menschen. Neben dem bunten Bühnenprogramm, durch das der Hohenschönhausener

Abgeordnete Danny Freymark führte, boten 20 Vereine der Region ihre Vereinsarbeit zum Mitmachen an. Hauptgast der Veranstaltung war der Lichtenberger Bundestagskandidat Dr. Martin Pätzold, der für die Fortführung seiner Arbeit im Deutschen Bundestag warb.

BEGEGNUNG IM KIEZ - CDU TRIFFT SYRISCHE CHRISTEN

Seit Jahren gibt einen guten Kontakt und regelmäßigen Austausch zur syrisch-orthodoxen Gemeinde Mor Afrem e. V. und dem ansässigen CDU-Ortsverband Charlottenburg-Nord. Gemeinsam mit dem Generalsekretär der Berliner CDU, Stefan Evers und BV Christoph Brzezinski besuchte Judith Stückler, Ortsvorsitzende und stellvertretende BVV-Vorsteherin, die Kirchengemeinde. Eines der Themen: die Debatte um das Kreuz auf dem Stadtschloss. „Die Wurzeln unserer Kultur liegen im christlichen Menschenbild. Für mich gehört das Kreuz auf die Kuppel“, sagt Judith Stückler.



stellvertretende BVV-Vorsteherin, die Kirchengemeinde. Eines der Themen: die Debatte um das Kreuz auf dem Stadtschloss. „Die Wurzeln unserer Kultur liegen im christlichen Menschenbild. Für mich gehört das Kreuz auf die Kuppel“, sagt Judith Stückler.

KIEZRUNDGANG IN MOABIT

Am Tag der Städtebauförderung begab sich Frank Henkel MdB an diesem



Vormittag zum Thema „Handel im Wandel“ auf Entdeckungstour durch seinen Wahl-

kreis, der sich in der letzten Zeit enorm entwickelt hat. Besucht wurde das Gebiet rund um die Turmstraße. Erfolgreiche Umbau-Projekte (Hertie, Arminius-Markthalle) wurden dabei genauso vorgestellt wie Lösungsansätze für bestehende Probleme (Sicherheit, Spielhallen, usw.).

DAHLEM ALS ORT DER WISSENSCHAFT UND KULTUR ERHALTEN

Auf Initiative der CDU-Fraktion wurde im Kulturausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses die Zukunft der Dahlemer Museen thematisiert. Das Museum für



Asiatische Kunst und das Ethnologische Museum ziehen in das Stadtschloss um. Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski und der Abgeordnete Adrian Grasse aus dem Wahlkreis Dahlem setzen sich für einen Erhalt des Kulturstandorts ein.

LANGER TAG DER STADTNATUR

Anlässlich seiner Teilnahme an einer Wanderung durch den Tegeler Forst ist der Wahlkreisabgeordnete aus Heiligen-



see, Konradshöhe, Tegelort und Tegel, Stephan Schmidt, dem Förderkreis der Stiftung Naturschutz Berlin beigetreten. Die Wanderung fand im Rahmen des berlinweiten „Langen Tages der Stadtnatur“ statt, die von der Stiftung veranstaltet wird.

KEIN TUNNEL FÜR DIE DRESDNER BAHN

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass es beim Ausbau der „Dresdner Bahn“ durch Lichtenrade keinen Tunnel geben wird. Für Lichtenrade bedeutet das: Meterhohe Lärmschutzwände werden den Ort in zwei Teile trennen. „Das Urteil ist eine



herbe Enttäuschung“, sagt der Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak, der selbst in Lichtenrade

wohnt. Alle Gespräche mit Bahn und Verkehrsministerium seien letztlich an der Blockade Berlins gescheitert. „Dafür trägt vor allen Dingen Michael Müller (SPD) Verantwortung, der sich nie unmissverständlich hinter den Tunnel gestellt hat“, sagt Luczak.

EIN FERNBUSBAHNHOF AM OSTKREUZ?

Zwar noch Zukunftsmusik und erst sinnvoll nach Fertigstellung des 16.



Bauabschnittes der A100 bis Treptow - trotzdem hat der OV Boxhagener Platz schon jetzt mit Flixbus über diesen möglichen Standort und den Mehrwert für die Berliner Ostbezirke debattiert. Flixbus selbst hatte den Standort wegen der idealen Ostkreuz-Anbindung an den ÖPNV ins Spiel gebracht.

„KÜMMERARBEIT“ VOR ORT

Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit und am meisten kommen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in ihrem Kiez täglich mit Politik in



Kontakt: zu wenig Abstellmöglichkeiten für Autos und Räder, zu dunkle Gehwege, ungepflegte Grünanlagen, Ratten auf Spielplätzen - alles Themen der Kommunalpolitik. Diese Themen greift der Arbeitskreis Kommunales des Ortsverbandes Schloss Charlottenburg auf. Das ist aktive „Kümmerarbeit“.

IM ZEICHEN LUTHERS: FEIERABENDMAHL ZUM KIRCHENTAG

Die Evangelische Lutherkirchengemeinde lud zu einem Feierabendmahl ins Lutherhaus an der Baseler Straße ein. „Von unserem Partnerprojekt in Südafrika weiß ich, dass die Menschen sich dort mit ‚Ich sehe Dich‘ begrüßen“, sagte Pfarrer Christian Schultze zu Beginn seiner Predigt und spielte damit auf das Motto des Kirchentags an. Am Kirchentag wurden auch 500 Jahre Reformation gefeiert. 20 Künstler hatten in der Künstlerwerkstatt des Lutherhauses Gemälde angefertigt, die sich mit Zitaten Martin Luthers auseinandersetzten.



Burkard Dregger eröffnete die Ausstellung im Anschluss. Er warb für den Dialog der Religionen und bemerkte kritisch mit Blick auf die heutige Zeit, dass manche Religionen eine Reformation erst noch vor sich hätten.

SÜDWEST-CDU VERANSTALTETE „KIEZPUTZTAG“

Gemeinsam mit Anwohnern hat der CDU-Kreisverband Steglitz-Zehlendorf einen „Kiezputztag“ veranstaltet. Mit dabei war Thomas Heilmann, CDU-Bundestagskandidat im Bezirk. Die „Kehrenbürger“-Initiative der BSR hat das Projekt mit den nötigen Utensilien unterstützt. Sowohl Mitglieder wie auch Amts- und Mandatsträger waren gemeinsam in Zehlendorf, Lichtenrade und Steglitz unterwegs. Unter ihnen die Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski und die Abgeordnete Cornelia Seibeld, Christian Gojny, Adrian Grasse und Stephan Standfuß sowie der Bezirksverordnetenvorsteher René Rögner-Francke und der CDU Fraktionsvorsitzende in der BVV Torsten Hippe.



DIE „LIEBLINGSKINDER“ IM FEUERWEHRMUSEUM

Vor kurzem öffnete in Borsigwalde eine neue „Lieblingskinder“-Kita. Der Borsigwalder Abgeordnete Tim-Christopher Zeelen lud nun die Kinder ins Feuerwehrmuseum ein. Es kamen 25 Kinder mit Erzieherinnen und der Geschäftsführerin Nina Rakotovao. „Ich freue mich, dass

Borsigwalde um eine Kita reicher ist! Der Ausflug mit den Junior-Borsigwaldern ins spannende Feuerwehrmuseum hat großen Spaß gemacht“, sagte Zeelen.



ELTERNGELD GIBT'S IN NEUKÖLLN SCHNELLER

Das Elterngeld soll Familien finanziell entlasten, wenn sie ein Kind bekommen haben und dadurch ein Einkommen wegfällt. Wie es falsch gemacht wird, zeigt gerade die SPD in Charlotten-



burg-Wilmersdorf. Bis zu vier Monate müssen Familien hier auf ihr Geld warten. Wie es besser geht, zeigt Falko Liecke in Neukölln. Der Jugendstadtrat der CDU hat Prioritäten gesetzt und seine Elterngeldstelle mit ausreichend Personal ausgestattet. Das Ergebnis: eine Bearbeitungszeit von einer bis drei Wochen und oft sogar sofort. So geht Familienpolitik der CDU!

SICHERHEITSGEFÜHL STEIGERN!

Das Thema Sicherheit ist zurzeit in aller Munde und auch in ruhigeren Stadtteilen wie Haselhorst machen sich Einwohner Sorgen. Um die Menschen vor Ort zu unterstützen und ein Stück ihres Sicherheitsgefühls zurückzugeben, haben der Innenausschussvorsitzende im Abgeordnetenhaus Peter Trapp und der



Spandauer CDU-Ortsverband Zitadelle am Kiezrundgang aus städtebaulich-präventiver Sicht in Haselhorst teilgenommen.

OMV BERLIN WÄHLT NEUEN LANDESVORSTAND

Lebendige Diskussionen über Kontinuität und Modernisierung standen im Zentrum der mit 110 Mitgliedern sehr gut besuchten Landesversammlung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV). In ihren Ämtern bestätigt wurden Martin Bach-Sliwinski (66) als Landesvorsitzender, Volker Hellriegel (62) als Stellvertreter sowie Daniel Dorrmann (51) als Schatzmeister. Die weiteren Wahlen brachten dem Vorstand eine Verjüngungskur: So wurden Walter Gauks (34) ebenfalls zum Stellvertreter, Marc-P. Halatsch (37) zum Schriftführer sowie zu Beisitzern Christina Henke (32), Sara Vers (30), Philipp Kirchner (34) und Daniel Thauer (35) gewählt.



53. TEGELER GESPRÄCH MIT DR. RUDOLF SEITERS

Dr. Seiders, Innenminister a.D., war in der Waldhütte am See in Tegel zu Gast. Menschlichkeit und Gesellschaft ist das erste Thema des DRK-Präsidenten. Im zweiten Teil referiert Seiders aus seiner Vita. Als Teilnehmer und Gestalter der Wende gibt es Anekdoten zum Ablauf des Vereinigungsprozesses. Erzählt wurde auch die Geschichte seines Rücktrittes wegen der dramatischen Vorgänge in Bad Kleinen. Die erfolgreiche Serie der Tegeler Gespräche wird fortgesetzt.



FRAUEN-UNION ZUR UNGLEICHEN ENTLOHNUNG

Die Landesvorsitzende der Frauen-Union Berlin, Edeltraut Töpfer, im Gespräch mit



der aktuellen Bundesvorsitzenden der Frauen Union, der Parlamentarischen Staatssekretärin Annette

Widmann-Mauz MdB und ihren Vorgängerinnen Professor Dr. Rita Süßmuth sowie Professor Dr. Maria Böhmer MdB über die Behebung der ungleichen Entlohnung von Männern und Frauen in vergleichbaren Tätigkeiten.

GRASSE UND STANDFUSS ERÖFFNEN BÜRGERBÜRO

Das Bürgerbüro Adrian Grasse und Stephan Standfuß, Onkel-Tom-Str. 1, 14169 Berlin ist von Montag bis Freitag von 10 bis 14 Uhr besetzt und steht den Bürgern für ihre Anliegen zur Verfügung. Sprechstunden der Abgeordneten werden individuell angekündigt. Bürger können auch gern telefonisch unter 40725644/5 bzw. per Email unter kontakt@starkes-zehlendorf.de Termine vereinbaren.



50. TODESTAG VON KONRAD ADENAUER

Zum fünfzigsten Todestag Konrad Adenauers wird die CDU Rudow eine Ausstellung mit dem Schwerpunkt „Adenauer in Bildern“ durchführen. Der Besuch dieser Ausstellung ist kostenfrei. Die Daten: vom 30. Juli 2017 bis 17. September 2017, in der Kulturscheune Rudow, Köpenicker Str. 182, 12355 Berlin. Die Ausstellung ist mittwochs von 16.00 Uhr bis 20.00 Uhr, sowie samstags und sonntags von 10.00 Uhr bis 19.00 Uhr geöffnet. Führungen finden täglich um 14.00 Uhr, 16.00 Uhr, sowie am Wochenende zusätzlich um 12.00 Uhr statt.



Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Ein Leben für Deutschland und Europa

„Helmut Kohl war einer der Großen der deutschen Nachkriegsgeschichte“, erklärte die Landesvorsitzende Monika Grütters auf dem 42. Landesparteitag der CDU Berlin, der mit dem Gedenken an den langjährigen CDU-Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler begann. Dem „Vater der deutschen Einheit“ sei es zu verdanken, dass ganz Europa in Freiheit, Frieden und Wohlstand leben könne. Helmut Kohl sei ein „Glücksfall für Deutschland“ gewesen. Berlin sei ihm immer eine Herzensangelegenheit gewesen, unsere Stadt habe ihm viel zu verdanken, sagte Grütters: „Sein Einsatz für die Wiedervereinigung galt auch immer unserer Stadt.“



Helmut Kohl gehörte der Christlich-Demokratischen Union 70 Jahre an und prägte die Partei nach Konrad Adenauer wie kein anderer. 25 Jahre lang war er ihr Bundesvorsitzender und insgesamt 40 Jahre Abgeordneter zunächst im rheinland-pfälzischen Landtag und dann im Deutschen Bundestag.

Mit nur 39 Jahren wurde Helmut Kohl im Jahr 1969 zum Ministerpräsidenten seines

Heimatlandes Rheinland-Pfalz gewählt. Nach der Bundestagswahl 1976 wurde er Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion und damit Oppositionsführer im Deutschen Bundestag. Auch als er am 1. Oktober 1982 zum Bundeskanzler gewählt wurde, war er mit damals 52 Jahren der jüngste in dieser Funktion – bis im November 2005 Angela Merkel dieses Amt im Alter von 51 Jahren vom Kohl-Nachfolger Gerhard Schröder übernahm.

Die Wahl Helmut Kohls zum sechsten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland war der Beginn einer sechzehnjährigen Kanzlerschaft. In seinen Regierungsjahren von 1982 bis 1998 hat er die Bundesrepublik Deutschland so nachhaltig verändert wie vor ihm nur Konrad

Adenauer. Das politische Wirken von Helmut Kohl war geprägt von dem Wunsch nach der Deutschen Einheit. Als in den Jahren 1989 und 1990 die SED-Diktatur durch die Friedliche Revolution in der DDR gestürzt wurde, konnte



Auf einer Festveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Ehren Helmut Kohls im Jahr 2012 stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Briefmarke mit seinem Portrait und dem Titel „Kanzler der Einheit - Ehrenbürger Europas“ vor.

Helmut Kohl in den Verhandlungen mit dem US-amerikanischen Präsidenten George Bush und dem Staatspräsidenten der damaligen Sowjetunion Michail Gorbatschow die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sicherstellen.

Als „Kanzler der Deutschen Einheit“ hat er daher zu Recht einen festen Platz in den Geschichtsbüchern. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Festigung der Europäischen

Einigung bis hin zur gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion sind herausragende Meilensteine seines politischen Wirkens und wirken als Kohls politisches Vermächtnis weiter. Einen gemeinsamen Binnenmarkt, die Öffnung der Europäischen Union für die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas und die im Vertrag von Maastricht beschlossene Einführung des „Euro“ als gemeinsame europäische Währung gäbe es ohne Helmut Kohl heute nicht. Im Jahr 1998 wurde

ihm für seine Verdienste um die europäische Integration daher nach Jean Monnet als zweitem Politiker die Ehre zuteil, zum „Ehrenbürger Europas“ ernannt zu werden. So gab es Anfang Juli auch den ersten „europäischen Staatsakt“, bei dem hunderte Politiker und Wegbegleiter dem Vermächtnis eines großen Deutschen und großen Europäers gedachten.

GRÜTTERS FÜR HELMUT-KOHL-STIFTUNG

„Helmut Kohl sollte durch eine Gedenkstätte, wie es sie für andere herausragende Politiker gibt, geehrt werden“, erklärte die Landesvorsitzende der CDU Berlin Monika Grütters bereits auf dem Landesparteitag. Sie wolle sich persönlich für eine Helmut-Kohl-Stiftung zu seinen Ehren einsetzen. Darüber hinaus plädiert die Landesvorsitzende Grütters dafür, eine Straße oder einen Platz nach Helmut Kohl zu benennen. Als Kohl-Gedenkort käme für Kulturstatsministerin Monika Grütters zuerst Berlin infrage, da der Altkanzler „immer ein glühender Vertreter der Idee der Hauptstadt Berlin“ gewesen, sein Wirken habe „diese Stadt radikal verändert“.

„Europa ist unsere Zukunft. Europa ist unser Schicksal.“
 Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
 (1930–2017)



Was bedeutet eigentlich:

#fedidwugl ?

„Unser Zukunftsprojekt für Deutschland heißt: Wohlstand und Sicherheit für alle“, sagte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel bei der Vorstellung des Regierungsprogramms der Union im Konrad-Adenauer-Haus. Gemeinsam mit dem CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer präsentierte sie das 76-seitige gemeinsame Regierungsprogramm für die kommende Wahlperiode 2017 bis 2021, über das die Gremien der CDU Deutschlands im in den letzten Wochen und Monaten ausführlich diskutiert hatten.

Unter dem Titel „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ macht das Regierungsprogramm ein Angebot an alle Menschen in Deutschland – zusammengefasst wird dies in den sozialen Medien unter #fedidwugl (gesprochen in drei Teilen: „Fedid-We-Gugel“).

„Wir wollen, dass es den Menschen am Ende der nächsten Legislaturperiode besser geht als heute“, so die CDU-Bundesvorsitzende.



Die Themen Arbeit und Beschäftigung stehen dabei im Mittelpunkt des Programms. Das Ziel einer unionsgeführten Bundesregierung sei Vollbeschäftigung im Jahre 2025. Dazu müsse die Arbeitslosenquote erneut halbiert werden. Das Thema Arbeit sei der „Dreh- und Angelpunkt“ und der Schlüssel etwa auch für mehr Investitionen und eine stärkere Unterstützung von Familien. Das Land solle zusammengeführt und nicht gespalten werden. „Mit der Union gibt es das umfangreichste Steuerentlastungsprogramm seit der Deutschen Einheit“, sagte Merkel. „Für die nächste Legislaturperiode bedeutet das eine Entlastung um vier Milliarden Euro“, so die CDU-Vorsitzende. Im Bereich der Inneren Sicherheit

setzt die CDU auf einen starken Staat, der seine Bürger schützt. Die Zahl der Polizisten in Bund und Ländern soll noch einmal um 15.000 erhöht werden. An öffentlichen Gefahrenorten soll der Einsatz intelligenter Videotechnik auch zu Fahndungszwecken verstärkt werden.



Familien will die CDU besonders unterstützen, indem unter anderem das Kindergeld erhöht, der Kinderfreibetrag angehoben und ein Baukindergeld eingeführt werden soll, damit sich mehr Familien den Wunsch nach Wohneigentum verwirklichen können. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll beispielsweise mit dem Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit und den weiteren Ausbau der Kindertagesstätten verbessert werden.

So viele Jobs wie nie zuvor!

44 Mio. Menschen waren in Deutschland im Mai 2017 erwerbstätig. Gegenüber dem Höchststand im Februar 2005, dem letzten Regierungsjahr von Rot-Grün, hat sich die Arbeitslosigkeit mehr als halbiert: von 5,2 Mio. auf deutlich unter 2,5 Mio. im Juni 2017.

Rekordplus!

Rekorde bei der Wirtschaft und der Rente. Einerseits ein Plus von 14,7 Prozent beim Wirtschaftswachstum von 2010 bis 2016. Und andererseits sind die Renten 2016 so stark wie seit 23 Jahren nicht mehr gestiegen – um bis zu rund 6 Prozent. Aktuell: um 1,9 Prozent (West) bis fast 3,6 Prozent (Ost).

Milliardenfach gut!

Der Bund macht 2017 zum vierten Mal in Folge keine neuen Schulden. Zugleich werden fast 40 Prozent mehr als zu Beginn der Wahlperiode für neue Verkehrswege ausgegeben (13 Milliarden) und Höchstsummen durch Staat und Wirtschaft in Forschung und Entwicklung (90 Mrd.) investiert.